

Pressestatement

Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM

Vortrag bei der Pressekonferenz zum Thema „Sicherheit und Vertrauen im Netz“

Es gilt das gesprochene Wort!

Berlin, 25. Juli 2013

Seite 1

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Berichte über Abhöraktionen der US-Geheimdienste und des britischen Geheimdienstes beschäftigen uns derzeit intensiv. An Aufklärung mangelt es leider immer noch. Vor ihrer Abreise in den Sommerurlaub hat die Bundeskanzlerin vergangene Woche einen 8-Punkte-Katalog als Reaktion angekündigt. Er ist ein Anfang, reicht aber noch nicht aus. Wir brauchen dringend schnelle und umfassende Transparenz.

Der BITKOM hat seit Beginn der Berichterstattung gewarnt, dass die Gefahr eines Vertrauensverlusts bei den Nutzern besteht. Heute müssen wir feststellen: Dieser Vertrauensverlust ist bereits eingetreten. Wir haben in der vergangenen Woche 1.000 Internetnutzer in einer repräsentativen telefonischen Umfrage befragen lassen. Wir wollten wissen, wie es um ihr Sicherheitsgefühl im Internet bestellt ist. Wir haben ganz bewusst nicht nach PRISM oder den anderen Geheimdienstaktivitäten gefragt. Die Erwähnung würde vermutlich dazu führen, dass die Antworten noch negativer ausgefallen wären. Stattdessen können wir die zentralen Ergebnisse mit einer identischen Befragung des BITKOM aus dem Jahr 2011 vergleichen – und so die zum Teil drastischen Veränderungen zeigen.

Chart: Internetnutzer fühlen sich im Netz nicht mehr sicher

Wir haben die Internetnutzer gefragt, wie sie die Sicherheit ihrer persönlichen Daten im Netz einschätzen. Nicht einmal ein Drittel geht davon aus, dass sie sehr sicher oder sicher sind. Dagegen sagen zwei Drittel, sie seien dort eher oder völlig unsicher. Verglichen mit unserer Umfrage von 2011 ist das ein dramatischer Rückgang. Damals hielten noch 42 Prozent ihre Daten für sicher.

Besonders deutlich wird diese Veränderung beim Blick auf diejenigen, die ihre persönlichen Daten im Netz für „völlig unsicher“ halten. Waren es vor zwei Jahren nur 12 Prozent so hat sich dieser Wert mit 27 Prozent nun mehr als verdoppelt.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
Tel. +49.30.27576-0
Fax +49.30.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Andreas Streim
Pressesprecher
+49. 30. 27576-112
a.streim@bitkom.org

Präsident
Prof. Dieter Kempf

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM

Vortrag bei der Pressekonferenz zum Thema „Sicherheit und Vertrauen im Netz“
Seite 2

Noch einmal: Mehr als jeder vierte Internetnutzer glaubt, dass seine persönlichen Daten im Netz völlig unsicher sind.

Die Zahlen sind ein Alarmsignal. Sie zeigen deutlich, dass die Internetnutzer Klarheit und Wahrheit brauchen. Dabei liegt eine rasche Aufklärung auch im Interesse der Politik selbst, wie unsere Umfrage zeigt. Denn vor allem das Misstrauen gegenüber staatlichen Stellen ist deutlich gewachsen.

Chart: Vertrauen in den Staat schwindet

Mit 58 Prozent geben mehr als die Hälfte der Internetnutzer an, dass sie Staat und Behörden in Bezug auf ihre persönlichen Daten im Netz wenig oder überhaupt nicht vertrauen. Vor zwei Jahren waren es erst 40 Prozent. Der Anteil derjenigen, die angeben, staatlichen Stellen „überhaupt nicht“ zu vertrauen, hat sich mit 20 Prozent fast verdoppelt. Umgekehrt geben nur noch 5 Prozent an, dass sie Staat und Behörden sehr stark vertrauen. Der Wert aus dem Jahr 2011 hat sich damit mehr als halbiert.

Chart: Unternehmen werden skeptischer betrachtet

Auch die Unternehmen werden skeptischer beurteilt als noch vor zwei Jahren. Da ist es nur ein geringer Trost, dass der Vertrauensverlust deutlich geringer ausfällt als bei Staat und Behörden. 55 Prozent haben, wenn es um ihre persönlichen Daten im Netz geht, wenig oder überhaupt kein Vertrauen in die Wirtschaft allgemein. 2011 war die Skepsis mit 46 Prozent noch geringer. Umgekehrt haben nur noch 34 Prozent starkes oder sehr starkes Vertrauen, nach 41 Prozent vor zwei Jahren.

Es scheint, als ob die Nutzer sehr wohl einzuschätzen wissen, worum es bei den Abhörmaßnahmen geht und vor allem von wem sie ausgehen und wer dafür verantwortlich ist. Es sind staatliche Stellen, die den Zugriff auf Daten bei Internetunternehmen einfordern – oder die, wenn die Berichte zutreffen, einfach den Datenverkehr aus den Leitungen mitschneiden.

Chart: Angst vor Kriminellen, Staat und Unternehmen

Diese kritische Haltung gegenüber den Behörden zeigt sich auch in einem anderen Punkt. Wir wollten wissen, wovor Internetnutzer im Web Angst haben. Demnach fühlen sich vier von zehn Internetnutzern durch staatliche Stellen bedroht, die ihre persönlichen Daten ausspähen wollen. Nur etwas mehr – nämlich 42 Prozent –

Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM

Vortrag bei der Pressekonferenz zum Thema „Sicherheit und Vertrauen im Netz“

Seite 3

fühlen sich auf diese Weise durch Kriminelle bedroht. Angst, Unternehmen könnten persönliche Daten ausspähen, hat dagegen nur jeder Dritte. Das sind Zahlen, die alle aufrütteln sollten, die womöglich noch davon meinen, das Thema werde sich von selbst erledigen.

..... Doch welche Konsequenzen ziehen die Internetnutzer aus ihren Sorgen? Wie wollen sie auf die wahrgenommene Bedrohung reagieren?

Chart: Vertrauliches wird häufig nicht per E-Mail verschickt

Die wohl drastischste Möglichkeit, sich zu schützen, ist, bestimmte Dienste überhaupt nicht zu nutzen. Mit 43 Prozent geben etwas mehr als noch vor zwei Jahren an, sie wollten aus Sicherheitsgründen keine vertraulichen und wichtigen Dokumente per E-Mail verschicken. Jeder Fünfte will keine Cloud-Dienste nutzen, 13 Prozent auf Mitgliedschaften in sozialen Netzwerken verzichten.

— Große Veränderungen zu 2011 gibt es hier nicht. Das könnte aber auch daran liegen, dass eine wahrgenommene Verunsicherung doch ein klein wenig Zeit braucht, bis sie in konkretes Handeln übersetzt ist. Wer Mitglied in einem sozialen Netzwerk ist, wird es nicht von heute auf morgen verlassen. Über kurz oder lang könnte aber die Nutzung von Diensten zurückgehen, wenn die Angst vor Datenmissbrauch oder Ausspähung steigen. Und genau hier liegt eine unserer größten Sorgen. Und dies weniger, weil darunter der Umsatz leidet. Wir sorgen uns vor allem, weil eine Volkswirtschaft, die in puncto IT einen Gang zurück schaltet, zwangsläufig an Wettbewerbsfähigkeit verliert.

Chart: Nur wenige versuchen sich gegen Ausspähungen zu schützen

Wer sich vor Datenausspähung schützen möchte, muss dem Internet nicht den Rücken zukehren. Jeder kann das mit teilweise recht einfachen Mitteln tun. Darauf haben wir in den vergangenen Wochen immer wieder hingewiesen. Zum Beispiel mit Meta-Suchmaschinen, die keine persönlichen Daten speichern, mit getunnelten Verbindungen oder mit Verschlüsselungssoftware. Dabei helfen solche Maßnahmen nicht nur gegen Geheimdienstaktivitäten, sondern auch gegen Kriminelle. Allerdings werden diese Dienste und Programme derzeit nur von einer Minderheit genutzt.

Während Firewall und Virenschutz heute schon zum Standardrepertoire der meisten Internetnutzer gehören, nutzt gerade einmal jeder Zehnte Anonymisie-

Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM

Vortrag bei der Pressekonferenz zum Thema „Sicherheit und Vertrauen im Netz“

Seite 4

.....
rungsdienste. Noch geringer fällt die Nutzung bei Verschlüsselungssoftware für Dateien und E-Mails mit 8 bzw. 6 Prozent aus. Und VPN-Verbindungen nutzen nur 4 Prozent, Meta-Suchmaschinen gerade einmal 3 Prozent. Dabei ist auffällig, dass es zwischen den Altersgruppen kaum signifikante Unterschiede gibt – die sogenannten Digital Natives sind den älteren Internetnutzern in puncto Sicherheit nicht voraus.

Chart: Verschlüsselung ist vielen unbekannt

—
Gerade Verschlüsselung wurde in den vergangenen Wochen von vielen Experten als geeignetes Mittel gegen Ausspähung empfohlen. Wir haben deshalb nachgefragt, weshalb so viele auf eine solche Schutzmaßnahme verzichten. Zwei Drittel der Internetnutzer, die keine Verschlüsselung nutzen, sagen, dass sie sich damit nicht auskennen. Fast genauso viele geben an, dass die Personen, mit denen sie Mails und Dateien austauschen, keine Verschlüsselungsprogramme nutzen. Jeder Vierte hält die Nutzung grundsätzlich für zu aufwändig. Und gerade einmal 7 Prozent sagen, es störe sie nicht, wenn jemand Einblick in Mails und Dateien nimmt.

Die Zahlen zeigen, dass es durchaus ein Interesse und einen Markt für Sicherheitstechnologien gibt. Wir als Branche haben die Aufgabe, über verfügbare Lösungen zu informieren und vor allem auch einfach zu handhabende Technologien zu entwickeln.

Chart: Schnell und nachhaltig handeln

Meine Damen und Herren!

Unsere aktuelle Umfrage zeigt, dass der Vertrauensverlust in das Internet und in IT-Lösungen bereits eingesetzt hat. Das ist eine Gefahr für die Unternehmen, deren Geschäftsmodelle im Netz liegen. Es ist aber auch eine gesellschaftliche Gefahr, weil wir künftig mehr IT und mehr Vernetzung brauchen werden, um die großen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich anzugehen. Ich denke da zum Beispiel an Intelligente Netze, die wir für eine sichere und effiziente Stromversorgung ebenso brauchen wie für die Verkehrssteuerung oder ein Gesundheitswesen, das einer älter werdenden Gesellschaft gerecht wird. Wir brauchen IT aber auch für Smart-Data-Lösungen, die uns z.B. bei der Erkennung und Heilung von Krankheiten helfen.

Prof. Dieter Kempf, Präsident des BITKOM

Vortrag bei der Pressekonferenz zum Thema „Sicherheit und Vertrauen im Netz“

Seite 5

Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Politik konkrete Schritte zur Aufklärung der Ausspähungen unternimmt. Hierbei sind vor allem die Regierungen in Washington und London in der Pflicht. Aber auch hierzulande sollten wir die Gelegenheit nutzen, die Verhältnismäßigkeit gesetzlicher Befugnisse für deutsche Sicherheitsdienste zu überprüfen. Die Vorschriften aus dem Artikel 10 Gesetz erlauben weitreichende Überwachungen und verpflichten Telekommunikationsunternehmen zur Verschwiegenheit über entsprechende Maßnahmen. Auch bei uns könnte die Freigabe anonymisierter Angaben zu Anfragen Transparenz herstellen und Vertrauen schaffen.

Zudem ist eine europäische und transatlantische Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Geheimdienste dringend notwendig. Dabei darf der Schutz vor Ausspähung nicht allein den Unternehmen aufgebürdet werden. So setzt sich der BITKOM seit Langem für eine EU-Datenschutzverordnung mit hohen deutschen Standards ein. Als Abwehr gegen Geheimdienstmaßnahmen – wie aktuell von manchen Politikern ins Spiegel gebracht - eignet sie sich aber nicht. Die Verordnung regelt ja gerade nicht das staatliche Handeln in Sicherheitsfragen, sondern den Umgang mit Daten in Unternehmen. Diesen zu verbieten, Daten herauszugeben, zu deren Herausgabe sie aufgrund anderer Rechtsgrundlage verpflichtet sind, oder sie zu zwingen, solche Forderungen offenzulegen, während sie anderswo unter Strafdrohung zum Schweigen angehalten sind, bringt die Unternehmen in ein nicht auflösbares Dilemma. Sie würden sich entweder in Europa oder z.B. in den USA ins Unrecht setzen müssen.

Insgesamt sollten wir die aktuelle Diskussion nutzen, um ein stärkeres Sicherheitsbewusstsein in der digitalen Welt zu schaffen. Viele Internetnutzer, aber auch viele Unternehmen sind noch immer allzu sorglos im Netz unterwegs. Dabei gibt es online nicht nur Ausspähversuche durch Geheimdienste, sondern vor allem auch durch Kriminelle oder Angriffe von Hackern. Und so wird die aktuelle Diskussion hoffentlich auch dazu führen, dass wir uns künftig gegenüber jenen besser schützen werden, die sich nicht nur für unsere Daten interessieren, sondern uns konkreten schaden wollen: den Internet-Kriminellen.

Vielen Dank.